

Faktenblatt: Geldspielgesetz

Mit dem Geldspielgesetz sollen zum ersten Mal in der Schweiz Netzsperrern in einem Gesetz eingeführt werden. Damit wird ein Präjudiz für weitere Massnahmen geschaffen, die uns alle betreffen. Mit diesem Eingriff in die Wirtschafts- und Informationsfreiheit wird der Spielerschutz jedoch nicht verbessert. Liberale Modelle zeigen, wie sich Anbieter aus dem In- und Ausland um eine Online-Konzession bewerben können – und alle profitieren.

Was ist das Ziel des Gesetzes?

Mit dem Geldspielgesetz soll die Schweizer Bevölkerung vor den Gefahren von Geldspielen geschützt werden, ein wesentlicher Teil der Erträge der Allgemeinheit zu Gute kommen, und geregelt werden, dass die Spiele sicher und transparent stattfinden (Umsetzung von Art. 106 der Bundesverfassung).

Wie soll dies umgesetzt werden?

Für Geldspiele wird eine Konzession benötigt. Wer neu Online-Geldspiele anbieten möchte, muss bereits eine solch herkömmliche Casino-Lizenz in der Schweiz besitzen. Dies stellt für Schweizer Startups eine ernstzunehmende Hürde dar. Ausländischen Firmen ist es gar untersagt, eine Konzession zu beantragen. Um ausländische Firmen vom Schweizer Markt komplett auszusperrern, werden zusätzlich Netzsperrern eingerichtet.

Netzsperrern in der Schweiz?

Netzsperrern würden es dem Staat erlauben, den Zugriff auf bestimmte Webseiten zu blockieren, respektive die BenutzerInnen mit einer Manipulation auf eine Ersatzseite umzuleiten. Das ist ein ernster Eingriff in die Kommunikationsinfrastruktur und die Informationsfreiheit aller. Zudem gefährdet es die Bestrebungen und den Willen der Internetprovider, das Internet sicherer zu machen (z.B. durch [DNSSEC](#)), wenn sie gleichzeitig dazu gezwungen werden, die Datenübertragung zu fälschen.

Der Nutzen von Netzsperrern und Umleitungen ist zudem [äusserst fraglich](#), da sie nur bei unverschlüsselten Übertragungen funktionieren. Bei verschlüsselten Verbindungen – die eigentlich der Standard sein sollten – ist eine solche Manipulation für den Benutzer nur schwer von gehackten Seiten unterscheidbar. Damit wird es den BenutzerInnen erschwert zu erkennen, welchen Gefahren sie sich momentan im Netz aussetzen. Damit leidet das Vertrauen in die unterdessen essentielle Infrastruktur Internet.

Das Blockieren von Internetinhalten schützt doch vor Spielsucht?!

Die aktuell vorgesehenen Eingriffe in die Kommunikationsinfrastruktur lassen sich [einfach umgehen](#). Auch Organisationen zum Schutz vor Spielsucht räumen ein, dass sich Spielsüchtige von Netzsperrern nicht abhalten lassen. Dies lässt befürchten, dass den zur Zeit vorgesehenen DNS-Sperrern (Eingriff in das Internet-Adressbuch) bald weit schwerwiegendere Manipulationen folgen werden, um dem Willen des Gesetzgebers zu folgen.

Was wäre denn die Lösung?

In vielen Ländern können sich sämtliche Anbieter um eine Konzession bewerben. Um eine Zulassung zu erhalten, müssen hohe technische, rechtliche und wirtschaftliche Anforderungen erfüllt sein. Die lizenzierten Anbieter liefern Steuern ab. Im Gegenzug dürfen sie für ihre Angebote werben und stehen in einem Wettbewerb. Illegale Anbieter hingegen haben kaum eine Chance, wie es sich exemplarisch – auch in der tiefen Glücksspielsuchtrate – im [liberalen Modell von Dänemark](#) zeigt.

Gegen illegale Angebote kann zudem mit dem Strafrecht (wie es das Geldspielgesetz in Art. 130ff. vorsieht) vorgegangen werden. Gerichtsentscheide und internationale Rechtshilfeersuchen müssen Netzsperrern vorgehen.